

Niederschrift

zur 2. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 28.08.2019	18:30-21:13 Uhr	Beratungsraum Altes Rathaus

Anwesenheit

Vorsitz (nur für diese Sitzung, da auch der Stellvertreter abwesend)

Gerold Sachse

Fraktion DIE LINKE.

Mattigk , Peter-Martin

CDU-Fraktion

Uwe Koch , Jürgen Teichmann ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer ,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink ,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz, Almes, Jürgen Hajduk , Andreas Pfeiffer

Verwaltung

Melanie Brückner , Elke Huhn , Jens Mörsel , Stefan Wichary

15 Gäste

Nicht öffentliche Sitzung zum TOP 12.1 Herr Hengst anwesend.

Abwesend

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Sachse eröffnet die Sitzung als an Lebensjahren ältestes Ausschussmitglied, da sowohl der Vorsitzende als auch der stellvertretende Vorsitzende entschuldigt ist. Nach der Einwohnerfragestunde findet die Wahl der/des Vorsitzenden für die Sitzung statt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Es sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Punkt 12.2 (Förderung FSV Union) soll als neuer Punkt 12.1 vorgezogen werden, da zu diesem TOP der Präsident des Vereins, Herr Hengst, erwartet wird. Es sollte direkt darüber abgestimmt werden, ob Herr Hengst ein Rederecht erhält.

Herr Fischer schlägt vor, Vereinsvertreter zur am 02.09. stattfindenden Fortsetzungssitzung der Stadtverordnetenversammlung einzuladen.

Herr Koch und Herr Mattigk sprechen sich dafür aus, Herrn Hengst für die Sitzung das Rederecht für den nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu erteilen.

Abstimmung zur Erteilung des Rederechts für Herrn Hengst im nicht öffentlichen Teil

6 Ja, 2 Nein

Zum Jahresabschluss 2016 wurde im Vorfeld von Frau Huhn angemerkt, dass ein Teil der Diskussion im nicht öffentlichen Teil erfolgen sollte. Nach kurzem Austausch wird entschieden, die Diskussion in einem öffentlichen und einem nicht öffentlichen Teil zu führen.

In Vorbereitung auf die Wahl des Vorsitzenden fragt Herr Sachse, ob ein Ausschussmitglied eine geheime Wahl wünscht. Dies ist nicht der Fall.

Herr Fischer schlägt vor, den Antrag der BFZ-Fraktion: Liveübertragung und Aufzeichnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse nicht zu behandeln, da es bis dato keine neuen Erkenntnisse seitens der Verwaltung gibt. Herr Mörsel informiert, dass die Verwaltung an dem Thema arbeitet.

Zustimmung mit Änderung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift vom 7.8.2019

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Die Gedenkstunde am 30.08.2019 zum 80. Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf Polen wurde Aufgrund der Absage der polnischen Gäste abgesagt. Die Domgemeinde veranstaltet ein Friedensgebet. In diesem Rahmen werden die Grußworte aus Polen verlesen. Jeder ist herzlich eingeladen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

Wahl eines Vorsitzenden für diese Sitzung. Herr Sachse bittet um Vorschläge. Herr Koch schlägt Herrn Sachse vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Einstimmig - 8 Ja

TOP 7.1 Bürgerbudget 2020 - Formale Zulassung zur Abstimmung

Herr Sachse beantragt ein pauschales Rederecht für die Einreicher.
Einstimmig – 8 Ja

Herr Mörsel geht die Punkte einzeln durch.

Nr.: 1-15 ohne Diskussion

Nr.: 16 – Frau Seidel grenzt Ihren Vorschlag ein und wünscht sich die Einrichtung einer öffentlichen behindertengerechten Toilette, insbesondere am Bahnhof. Sowohl die Errichtung einer Toilette als auch die Sanierung der Gehwege ist für 15.000€ im Rahmen des Bürgerbudgets nicht zu realisieren. Es sollte Kontakt mit der Deutschen Bahn aufgenommen werden. Auch die Aktion Nette Toilette bietet in Innenstadtbereich die kostenfreie Nutzung der Toiletten in gastronomischen Einrichtungen.

Nr.: 17-21 ohne Diskussion

Nr.: 22 - Flussbadestelle – Nachfrage zu den Kosten für Planung und Ausführung kann nicht im Detail geklärt werden.

Nr.: 23-26 ohne Diskussion

Nr.: 27 - Parkplatz am Friesenstadion

Herr Pfeiffer erklärt, lediglich die Fläche in den Urzustand herzustellen. Die Chance auf Genehmigung ist offen. Frau Lehmann, Bewohnerin des Heidelands, weist auf die große Parkfläche auf dem Festplatz hin. Sie ärgert sich über die parkenden Autos während der Fußballspiele im Heidefeld. Herr Mörsel erklärt, dass es kein Parkplatz ist, sondern Wald. Außerdem sind jegliche Maßnahmen genehmigungspflichtig und überschreiten die Kosten von 15.000€. Dippe beantragt Abstimmung.

4 ja 4 nein, abgelehnt, es bleibt bei nein

Nr.: 28-29 ohne Diskussion

Nr.: 30 Markierungen Ein- und Ausfahrten, Parkplätze Trianon- und Gartenstraße

Herr Hajduk kann nicht nachvollziehen, dass die Kosten überschritten werden. Die Einschätzung des Fachamts ist hier ausschlaggebend.

Nr.: 31-40 ohne Diskussion

Nr.: 41- Herr Sachse weist auf erhebliche Folgekosten hin. Herr Ksink berichtet, dass der Rotaryclub zeitnah eine Bücherzelle aufstellen wird. Herr Fischer weist auf die Patenschaft für die Bücher-schränke hin.

Nr.: 42-55 ohne Diskussion

Nr.: 56 Minigolfanlage Friesenstadion

Herr Pfeiffer möchte Angebote für Kinder im Heideland sowie die Gäste des FSV Union schaffen.

Nr.: 57-81 ohne Diskussion

Termine für die Vorab-Abstimmung sind der 19.09 und 24.09. ganztätig im Büro von Herrn Mörsel.

Abstimmung über Gesamtliste:

Herr Zänker erklärt sich befangen - Einstimmung angenommen

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**TOP 7.2 Antrag der BFZ-Fraktion: Fürstenwalder Wirtschaftsförderung und 7/AN/020
Standortmarketing stärken - Synergien durch Übernahme der OWF
Gesellschaft mbH**

Es gibt noch einige offene Fragen, die geklärt werden müssen. Grundsätzlich wird es als sinnvoll erachtet, Aktivitäten zu bündeln. Ob dies in der OWF getan werden muss, ist zu diskutieren. Es gibt auch städtische Gesellschaften die in Frage kommen. Herr Dippe regt an, ein Brainstorming mit Vertretern aller Fraktionen durchzuführen. Da Herr Dr. Buhl im März 2021 in Rente geht, wird er lediglich als Ideengeber für diesen Prozess zur Verfügung stehen und diesen nicht aktiv begleiten. Seitens der Verwaltung wird zu der gesamten Thematik ein Konzeptpapier vorgelegt. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

Zurückstellung

**TOP 7.3 Antrag der BFZ-Fraktion: Liveübertragung und Aufzeichnung der Sitzun- 7/AN/023
gen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse**

Zurückstellung

TOP 7.4 Geänderter Jahresabschluss 2016 7/DS/032

Die Drucksache wurde überarbeitet und die Beweggründe für eingeschränkte Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten nach Rücksprache mit der Rechtsstelle nochmals dargestellt. Die geänderten Teile des Jahresabschluss finden sich in den Anlagen 1-3. Der gesamte Jahresabschluss in der Anlage 4.

Die Diskussion und Abstimmung erfolgt nach dem Bericht Rechnungsprüfung

Die Abstimmung erfolgt nach der Diskussion zum Prüfbericht zum geänderten Jahresabschluss 2016

Abstimmung über die Aufnahme folgender Punkte als zusätzlicher Punkt 4

Abstimmung: 8 Ja - einstimmig

Neu 4.:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister die nachfolgend genannten Sachverhalte der Kommunalaufsichtsbehörde zwecks Einleitung disziplinarrechtlicher Maßnahmen anzuzeigen:

- Abschluss von zwei hochspekulativen Geschäften in den Jahren 2007-2010, Prüfungsfeststellung des Sachverhalts im Haushaltsjahr 2016 mit geschlossenem Vergleich mit der EAA
- Missachtung der Schadensminimierungspflicht bei der Überzahlung von Beschäftigten in zwei Fällen
- Verletzung der Genehmigungspflicht durch die Kommunalaufsicht bei unentgeltlicher Veräußerung von Vermögen, Anteile bei der Gesundheitszentrum Verwaltungsgesellschaft.

Abstimmung:

Beschlussvorschlag Nr:

1. 7 Ja 1 Enthaltung
2. 7 Ja 1 Enthaltung
3. 7 Ja 1 Enthaltung
- Neu 4. 7 Ja 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den geprüften Jahresabschluss 2016 gemäß Anlagen A 1 bis A 4.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree erteilt nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens dem im Prüfungszeitraum amtierenden Bürgermeister nicht die Entlastung für die im Sachverhalt unter 1. und 2. dargestellten Verstöße. Im Übrigen wird dem Bürgermeister für den Prüfungszeitraum die Entlastung erteilt.
3. Die Teilentlastung basiert auf den im Sachverhalt genannten Gründen.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.5 Prüfbericht zum geänderten Jahresabschluss 2016

7/DS/033

Die Diskussion wird in einem öffentlichen und einem nicht öffentlichen Teil geführt.

Der Bericht empfiehlt den Jahresabschluss 2016 zu beschließen ist und dem Hauptverwaltungsbeamten eingeschränkt Entlastung zu erteilen. Im Fall der Swap-Geschäfte hätte die Rechnungsprüfung des Innenministeriums die gänzliche Versagung der Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten empfohlen, so Frau Huhn.

Des Weiteren gab es ungerechtfertigte Entgeltzahlung an Mitarbeiter der Verwaltung. Der damalige Bürgermeister ist dahingehend nicht tätig geworden. Da noch keine Verjährung eingetreten ist, soll dies der Versicherung zur möglichen Schadenminimierung angezeigt werden.

Herr Sachse betont, dass die Verträge zum damaligen Zeitpunkt mit guter Absicht, zur Zinsminimierung, getätigt wurden. Wäre dies nicht rechtmäßig gewesen, hätte die Kommunalaufsicht rügen müssen.

Frau Huhn erläutert auf Nachfrage von Herrn Mattigk den Sachverhalt des Swapgeschäfts. Diese wurden als Zinsdeckelung für Grundgeschäfte getätigt (6 Stück). Zwei weitere waren reine hoch spekulative Zinswetten in CHF, deren Abschluss bereits zum damaligen Zeitpunkt verboten war. Die Stadtverordnetenversammlung den Abschluss dieser Geschäfte ein Jahr später nachträglich beschlossen. Der Beschluss nahm Bezug auf den Runderlass des Innenministeriums, dass der Abschluss solcher Geschäfte verboten sei. Der Beschluss hätte nicht umgesetzt, und die Verträge sofort gekündigt werden müssen. Dies erfolgte nicht. Es entstand ein Schaden durch Rückkauf von rund 8 Mio. Euro.

Die Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes sieht vor, die Jahresabschlüsse 2007-2010 aufzuheben und zu korrigieren.

Herr Fischer fügt an, dass es kein Management und Kontrollsystem sowie mehrmalige Umschichtungen der Swapgeschäfte gab.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Schlussbericht über die Prüfung des geänderten Jahresabschlusses 2016 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Programm der Städtebauförderung "Stadtumbau III", hier: Kommunale 7/DS/016 Handlungsleitlinie zum Verfügungsfonds

Herr Wichary fasst die Informationen für TOP 7.6-7.8 zusammen.

Es geht dabei um die Verfügungsfonds von je 30.000€ für das Förderprogramm „Stadtumbau III“ sowie „Soziale Stadt“. Des Weiteren gibt es für „Soziale Stadt“ einen Aktionsfond in Höhe von 7.500 €.

Der zu beschließende Eigenanteil der Stadt beträgt jeweils 1/3.

Genutzt werden diese Mittel für kleinteilige Maßnahmen, so z.B. die Unterstützung des Quartiersmanagements und der Shoppingnacht. Im besten Fall werden die Eigenmittel durch Dritte bereitgestellt. Es wurden Handlungsleitlinien für die Umsetzung entwickelt, die sich in den Anlagen finden.

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Handlungsleitlinie der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Mittelvergabe aus dem Verfügungsfonds im „Stadtumbau“.
- 2) Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt.
- 3) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushaltsplan jährlich bis 2025 eine Summe von 10.000 Euro zur Bezuschussung von förderfähigen Aktivitäten und Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.7 Programm der Städtebauförderung "Soziale Stadt", hier: Aktualisierung der Kommunalen Handlungsleitlinie zum Verfügungsfonds 7/DS/017

Beschlussvorschlag:

- 4) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Handlungsleitlinie der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Mittelvergabe aus dem Verfügungsfonds im Programm „Soziale Stadt Fürstenwalde Nord“.
- 5) Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt.

- 6) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushaltsplan bis 2025 jährlich eine Summe von 10.000 Euro zur Bezuschussung von förderfähigen Aktivitäten und Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.8 Programm der Städtebauförderung "Soziale Stadt", hier: Kommunale 7/DS/018 Handlungsleitlinie zum Aktionsfonds

Beschlussvorschlag:

- 7) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die die Kommunale Handlungsleitlinie zur Beförderung von Bürgermitwirkung und Unterstützung des lokalen Engagements im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“.
- 8) Dem vorgeschlagenen Umsetzungsverfahren wird zugestimmt.
- 9) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Haushaltsplan bis 2025 jährlich eine Summe von 2.500 Euro zur Bezuschussung von förderfähigen Aktivitäten und Projekten zur Verfügung zu stellen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.9 Eigenanteile für das Bundesprogramm "Demokratie Leben!" 7/DS/030

Herr Wichary erklärt, dass es hier um einen Projektzeitraum von 5 Jahren geht und sich so auch der Rahmen der Gesamtausgaben für Maßnahme und Projekte erhöht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree beschließt, im Falle der Bewilligung der für die „Partnerschaft für Demokratie“ der Stadt Fürstenwalde/Spree und des Amtes Odervorland mit der Gemeinde Steinhöfel im Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2024 beantragten Förderung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die jeweils notwendigen Eigenmittel in Höhe von 13.888,89 EURO pro Jahr (entspricht 10 Prozent der Gesamtausgaben) in den Haushalt der Stadt einzustellen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.10 Schweizer Franken Kassenkredit

Frau Brückner verliest einen Beschlusstext vom 02.06.2016, der festlegt unter welchen Bedingungen der Rücktausch des Schweizer Franken Kredits beschlossen wurde.

- wenn der Kurs des € zum CHF auf 1 zu 1,573 steigt.
- wenn der Kurs des € zum CHF auf den Wert steigt, der dem Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1 aus den bisherigen Zinseinsparungen und Wechselkursgewinnen aus der Anlage von 4 Mio€ in CHF entspricht.
- wenn der Gesamtkassenkreditbedarf der Stadt in Euro mindestens ein Jahr unter 3,5 Mio€ gesunken ist, entscheidet die Stadtverordnetenversammlung per Beschluss über einen möglichen Rücktausch, der in Tranchen von mindestens 500 T€ erfolgt.

Der derzeitige Kassenkreditbestand beträgt 2,4 Mio €. Der dritte Punkt des o.g. Beschlusses ist somit erfüllt. Der Kassenkreditbestand teilt sich wie folgt auf:

Anteil am Sparkassen Master Account:	336.901,36
Guthaben DKB:	4.230,48
Guthaben Deutsche Bank:	3.677.385,96
CHF Kredit:	5.781.491€ (akt. Wechselkurs)

Frau Brückner kündigt eine Drucksache mit Empfehlung zum Rücktausch an. Bei anderen Instituten könnte man für den CHF Kreditbetrag Zinszahlungen von ca. 20.000€ Zinsen erwarten.

Es gibt verschiedene Nachfragen, warum der Kassenkredit weitaus höher im Haushalt dargestellt ist, und warum sich der Betrag so schnell minimiert hat.

Zum einen sind die Beträge im Haushalt Planzahlen bzw. von den Stadtverordneten festgelegte Höchststrahmen. Zum anderen konnten durch verschiedene Einsparungen, z.B. nicht ausgegebene Personalkosten, der Kassenkredit verringert werden.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

keine

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

keine

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

21:13 Uhr

Gerold Sachse

Jens Mörsel

Vorsitzender

Schriftführer